

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 89. Sitzung

am Donnerstag, dem 26. März 2015, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Lars Winter (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2015	4
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2750	
2. Beitrag der Nordkirche gemäß Sondervereinbarung	5
Antrag der Fraktionen von CDU und PIRATEN Umdruck 18/4179	
3. Personalstruktur- und -managementbericht des Landes Schleswig-Holstein einführen	8
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1867	
4. Information/Kenntnisnahme	9

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:20 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2015

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/2750](#)

(überwiesen am 20. März 2015 an den **Europaausschuss** und alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht [Drucksache 18/2750](#) ohne Aussprache abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Beitrag der Nordkirche gemäß Sondervereinbarung

Antrag der Fraktionen von CDU und PIRATEN

[Umdruck 18/4179](#)

Bericht des Kulturministeriums

[Umdruck 18/4260](#)

Auf Fragen von Abg. Schmidt berichtet Herr Dr. Schmidt-Elsaëber, Staatssekretär im Kulturministerium, über den Sachstand und die Zukunft des Projekts Neulandhalle ([Umdruck 18/4260](#)). Beim Projekt Neulandhalle gehe es nicht um eine Kompensation für andere in Dithmarschen nicht realisierte Projekte, sondern um einen landesgeschichtlich bedeutsamen Bau und Ort der Erinnerungskultur. Im ursprünglichen Konzept sei vorgesehen gewesen, dass die Investitionen von 4 Millionen € je zur Hälfte über ELER-Mittel und über das BKM finanziert würden sowie Land und Kirche die Kosten der Unterhaltung und des Betriebs trügen. Nach dem ablehnenden Bescheid des BKM sei eine Reihe von Gesprächen geführt worden. Weil das Land unter Einbeziehung der ELER-Mittel nicht in der Lage sei, auch nur einen Investitionsbedarf von 3,3 Millionen € zu finanzieren, könne das Projekt nicht wie geplant 2016 starten, sondern eine Finanzierung sei ab 2018 möglich. Gemeinsam mit der Kirche sei man der Auffassung, dass der Ort bestehen bleiben und zu einem Lernort ausgebaut werden solle. Man hoffe, das Projekt schrittweise umsetzen zu können, und baue dabei auf die Unterstützung in der Region. Das Land könne nicht Träger der Einrichtung werden, weil das Land keine ELER-Mittel beantragen könne.

Abg. Sönnichsen bittet die Landesregierung, zu den Auswirkungen auf die Einnahmeposition im Haushalt Stellung zu nehmen.

Staatssekretär Dr. Schmidt-Elsaëber antwortet, von den mit der Kirche vereinbarten 2,5 Millionen € würden 1,5 Millionen € für die Gedenkstättenarbeit und weitere kulturelle Zwecke ausgegeben, der für die Neulandhalle vorgesehene Betrag von 1 Million € sei erst einmal „gesperrt“.

Abg. Fritzen lobt das Engagement von Land und Kirche für die Gedenkstätten, das unabhängig von der Neulandhalle fortgesetzt werde. Jetzt müsse vertieft öffentlich darüber diskutiert werden, wie das Projekt Neulandhalle, die keineswegs als Ausgleich für die Schließung des

Hafens in Friedrichskoog gedacht sei, als Erinnerungs- und Lernort in das Gedenkstättenkonzept eingebunden werden könne.

Abg. Koch fragt, inwieweit und wann in der mittelfristigen Finanzplanung Haushaltsmittel für die Neulandhalle reserviert seien, ob der von der Kirche für die Neulandhalle vorgesehene Betrag von 1 Million € auch für Baumaßnahmen verwendet werden könne, inwieweit ELER-Mittel herangezogen werden könnten und eine Kofinanzierung erforderlich sei.

Staatssekretär Dr. Schmidt-Elsaeßer äußert, man gehe davon aus, dass die Hälfte der Investitionssumme durch ELER-Mittel finanziert werden könne; das Operationelle Programm liege allerdings noch nicht vor. Zur Verwendung der kirchlichen Mittel gebe es keine vertraglichen Festlegungen, die 1 Million € könnte auch für Investitionen verwendet werden. Das ändere aber nichts daran, dass die laufenden Kosten finanziert werden müssten, und dabei gehe es im Wesentlichen um Kosten für qualifiziertes Personal, das einen historisch und gesellschaftspolitisch sensiblen Bereich betreue. Das Kulturministerium sehe Spielräume, ab 2018 Investitionsmittel für die Neulandhalle in den Haushalt einzustellen, wenn das Wikinger-Museum Haithabu saniert worden sei. Dann könnte man ab 2019 die Betriebskosten vier Jahre lang mit den Mitteln von 1 Million € finanzieren.

Auch Abg. Dr. Garg begrüßt, dass es in Fortführung der Bemühungen der ehemaligen Landesregierung gelungen sei, zu einer Vereinbarung mit der Kirche zur Kulturförderung zu kommen.

Staatssekretär Dr. Schmidt-Elsaeßer weist darauf hin, dass man jetzt mit der Kirche darüber verhandle, inwieweit man einzelne Schritte vor 2018 verwirklichen könne.

Abg. Sönnichsen fragt, wie sicher die Einnahmeposition von 260.000 € unter den veränderten Bedingungen sei.

Finanzministerin Heinold erwidert, dass es keine Auswirkungen auf die Einnahmeposition 0940-28209 gebe, weil der für die Neulandhalle vorgesehene Betrag von 600.000 € mit der Nachschiebeliste herausgenommen worden sei.

Staatssekretär Dr. Schmidt-Elsaeßer macht deutlich, die Kirche stelle eine Summe von 1,5 Millionen € für Gedenkstätten und die Erhaltung des kulturellen Erbes zur Verfügung. Davon würden in diesem Jahr 260.000 € gezahlt. Wenn man nicht zu einer Lösung für die Neulandhalle komme, habe die Kirche nach der Protokollnotiz die Möglichkeit, die für die

Neulandhalle vorgesehene 1 Million € für andere kulturelle Aufgaben zur Verfügung zu stellen.

Abg. Fritzen hält es für selbstverständlich, dass die bauliche Sanierung der Neulandhalle nur auf der Grundlage eines für das Land tragbaren Konzepts realisiert werde.

Abg. Koch fragt, wann die 260.000 € von der Kirche an das Land in diesem Jahr flössen.

Ministerin Heinold begrüßt ebenfalls, dass es zu der Verständigung mit der Kirche gekommen sei, Teile der Gedenkstättenarbeit und den Erhalt des kulturellen Erbes finanziell zu unterstützen, und es beim Projekt Neulandhalle Bewegung gebe. Für welche Projekte in den kommenden Jahren Gelder ausgegeben würden, entscheide der Haushaltsgesetzgeber mit dem jährlichen Haushalt.

Staatssekretär Dr. Schmidt-Elsaëber sagt zu, den Finanzausschuss darüber zu unterrichten, wann die vereinbarten 260.000 € von der Kirche flössen. Die Protokollnotiz beziehe sich nicht auf die 1,5 Millionen € sondern nur auf die für die Neulandhalle vorgesehene 1 Million €

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Personalstruktur- und -managementbericht des Landes Schleswig-Holstein einführen

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/1867](#)

(überwiesen am 16. Mai 2014 an den **Finanzausschuss**, den Sozialausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Umdruck 18/4219](#)

Vorlage der Staatskanzlei

[Umdruck 18/4026](#)

Vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Innen- und Rechtsausschusses sowie des Sozialausschusses empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag einstimmig, den Antrag der PIRATEN [Drucksache 18/1867](#) in der Fassung des Änderungsantrags [Umdruck 18/4219](#) anzunehmen.

Den Bericht der Landesregierung [Umdruck 18/4026](#) nimmt der Ausschuss zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 18/4030](#) - Stellenplan Staatskanzlei

[Umdruck 18/4137](#) (neu) - Haushaltsvollzug 2014

[Umdruck 18/4138](#) - Haushaltsreste 2014

[Umdruck 18/4139](#) - Verwendungsnachweisprüfung Sozialministerium

Zu [Umdruck 18/4137](#) (neu) - **Haushaltsvollzug 2014** - fragt Abg. Schmidt nach den Gründen für die Mehr- beziehungsweise Minderausgaben bei den Personalausgaben und Investitionen.

Finanzministerin Heinold äußert, zum Teil seien Investitionen im Bundesbau direkt vom Bund abgewickelt worden, zum Teil hätten sich Investitionsprojekte verzögert.

Frau Reese-Cloosters, Leiterin der Haushaltsabteilung im Finanzministerium, weist darauf hin, dass das Volumen der Personalausgaben von den Ressorts ziemlich genau eingehalten worden sei; dass sich im Laufe des Haushaltsjahres Veränderungen bei der Bewirtschaftung ergäben, sei normal. Hinsichtlich der Investitionen verweist sie auf [Umdruck 18/3966](#). Minderausgaben seien insbesondere bei Baumaßnahmen des Bundes entstanden.

Auf Bitten von Abg. Schmidt und Koch sagt Ministerin Heinold zu, den Finanzausschuss über die Aufteilung der Rücklagen per 31.12.14 und die Abweichungen bei den Personalausgaben schriftlich näher zu informieren, die angesichts eines Gesamtvolumens von 3,5 Milliarden € äußerst moderat ausfielen.

Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, hebt hervor, dass das Land 2013 Schulden getilgt habe und sich daraus eine Entlastung bei den Zinsausgaben von rund 20 Millionen € ergebe.

Auf Fragen von Abg. Koch zu [Umdruck 18/4138](#) - **Haushaltsreste 2014** - erläutert Frau Reese-Cloosters, der Einnahmerest in Einzelplan 11 sei mit den Schlüsselzuweisungen zu erklären; zu der Veränderung gegenüber dem Vorjahr um 24 Millionen € werde man eine schriftliche Antwort nachreichen. Der Haushaltsrest in Einzelplan 04 setze sich aus Zuweisungen an die kommunalen Gebietskörperschaften für die Herrichtung von Unterkünften und Mehreinnahmen aus der Feuerschutzsteuer zusammen. In Einzelplan 03 bezögen sich die Haushaltsreste auf die Metropolregion, in Einzelplan 05 auf nicht benötigte Mittel für HSH-Gutachten,

in Einzelplan 06 auf Einnahmereste aus EU- und Bundesmitteln, darunter GVFG-Mittel und Einnahmen im Bereich ZBW und Zukunftsprogramm Arbeit, in Einzelplan 07 auf Zuschüsse für das Helmholtz-Zentrum in Geesthacht und die Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften, in Einzelplan 12 auf die Grundinstandsetzung der Gebäude der Liegenschaft OFD, in Einzelplan 13 auf Ausgaben für Werkverträge, Nationalparkstiftung und Einnahmen aus der Grundwasserentnahmeabgabe.

Zu [Umdruck 18/4139](#) - **Verwendungsnachweisprüfung durch das Sozialministerium** - bittet der Finanzausschuss das Sozialministerium um eine Berichterstattung zu den noch offenen Fällen.

Der Finanzausschuss nimmt die oben angeführten Umdrucke zur Kenntnis.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer